

**Das Beste für die Stadt = #berlinbessermachen  
mit  
innovativer Drogen- und Suchtpolitik,  
nachhaltigen Strategien gegen HIV/Aids, STI, Hepatitiden  
und einer verlässlichen Gesundheitsförderung**

**Empfehlungen  
des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, LV Berlin e.V.**

**Innovative Drogen- und Suchtpolitik: Die Gesundheit von Konsument\*innen steht im Zentrum**

Berlin setzt auf eine rationale Drogen- und Suchtpolitik, die auf die Gesundheit der Menschen zielt, nicht auf deren Kriminalisierung. Dies gilt besonders für vulnerable Zielgruppen, dazu gehören Kinder und Jugendliche.

Der Zugang zu Angeboten der Suchthilfe und in eine medizinische Regelversorgung muss für diejenigen erleichtert werden, die bisher solche Angebote nicht in Anspruch nehmen oder in Anspruch nehmen können, insbesondere Menschen ohne Versicherungsschutz.

Eine Gemeinwesen-orientierte aufsuchende Sozialarbeit zum Abbau von Nutzungskonflikten im öffentlichen Raum kann durch Aufenthaltsmöglichkeiten für marginalisierte Menschen, z.B. am Kottbusser Tor, am Leopoldplatz, am Stuttgarter Platz sichergestellt werden.

Die finanzielle und fachliche Planung und Steuerung der Drogenberatungsstellen und der Alkohol- und Medikamentenberatungsstellen muss auf Landesebene zusammengeführt werden um Planungssicherheit und gesamtstädtische Weiterentwicklungen sicherzustellen.

Empfehlungen für die Koalitionsvereinbarung:

Die finanzielle und fachliche Planung und Steuerung der Drogenberatungsstellen und der Alkohol- und Medikamentenberatungsstellen werden auf Landesebene zusammengeführt. Dazu werden die Alkohol- und Medikamentenberatungsstellen aus dem PEP und den Bezirks Haushalten herausgelöst und in das Handlungsfeld „Verbundsystem Drogen- und Sucht“ des Integrierten Gesundheits- und Pflegeprogramms (IGPP) integriert. Die Bezirke werden in die Steuerungsverantwortung einbezogen.

Berlin bereitet sich vor auf die geplante staatlich regulierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene in lizenzierten Fachgeschäften. Dafür werden Suchtprävention, Frühintervention und Drogenberatung ausgebaut, besonders mit Blick auf gefährdete Jugendliche.

Risiken des Konsums von Tabak und Alkohol werden stärker beachtet. Dafür werden die Alkohol- und Medikamentenberatungsstellen ausgebaut.

Zum Schutz der Gesundheit von Konsument\*innen wird das Projekt zur Überprüfung illegal erworbener Substanzen (DrugChecking) fortgesetzt.

Drogenkonsumräume mit integrierten Kontaktstellen und andere niedrigschwellige Kontaktangebote werden in Berlin weiter ausgebaut. Sie gewährleisten den regelmäßigen Kontakt vor allem mit denjenigen Konsument\*innen, die andere Angebote nicht annehmen (können) und schützen die Gesundheit von Konsument\*innen.

Ein niedrigschwelliger Zugang zu Substitution in Drogenkonsumräumen und Kontaktstellen wird ermöglicht, auch für Menschen ohne Versicherungsschutz.

Hilfen für Kinder aus suchtbelasteten Familien werden ausgebaut, insbesondere durch eine sichere digitale Anlaufstelle für betroffene Kinder und Jugendliche.

### **Nachhaltige Strategien gegen HIV/Aids, übertragbare Infektionen und Hepatitiden: Die Fast-Track-City Berlin wird umgesetzt unter Beachtung von Public-Health-Aspekten**

Die Fast-Track-City-Initiative, der Berlin in 2016 beigetreten ist, entwickelt nachhaltige Strategien gegen HIV/Aids, STI, Hepatitiden und andere Infektionserkrankungen.

Insbesondere für Menschen ohne Versicherungsschutz müssen niedrigschwellige Zugänge zu Tests und medizinischer Versorgung ermöglicht werden. Dazu gehören auch Sexarbeitende.

#### Empfehlungen für die Koalitionsvereinbarung:

Im Rahmen der Fast Track Cities-Initiative „95-95-95-0“ wird die Koalition die HIV/AIDS-Beratungs- und Versorgungsstrukturen partizipativ mit Trägern der Community und weiteren Beteiligten weiterentwickeln um den größtmöglichen Public Health Impact bei der Reduzierung von Infektionserkrankungen zu erzielen. Der Aufbau von Prävention und Behandlungsmöglichkeiten für Menschen ohne Krankenversicherung und/oder eigenen Wohnraum wird hierbei besonders berücksichtigt.

Für alle vier Säulen „95-95-95-0“ der Fast-Track-Cities-Initiative werden geeignete Maßnahmen entwickelt. Dafür wird ein Masterplan „Fast-Track-City Berlin“ erstellt und umgesetzt und eine Koordinierungsstelle eingerichtet.

Ein niedrigschwelliger Zugang zur Prä- bzw. Postexpositionsprophylaxe (PrEP bzw. PEP) wird sichergestellt, insbesondere für Menschen ohne Versicherungsschutz.

Testangebote und Hepatitis-Impfungen werden ausgeweitet.

### **Verlässliche Gesundheitsförderung: Versorgung verbessern, Lücken schließen, Teilhabebarrieren abbauen**

Gesundheitsprojekte, darunter die Berliner Betroffenen- und Patientenorganisationen bieten eine verlässliche Gesundheitsförderung für die Betroffenen und deren Angehörige. Mit ihren Angeboten und praktischen Hilfen tragen sie zur Gesundheitsförderung und Prävention in der Bevölkerung bei sowie zum Ausgleich gesundheitlicher und sozialer Risiken.

Gesundheitsprojekte wirken sozialkompensatorisch und gleichen bestehende Lücken in der Regelversorgung mit Angeboten der Gesundheitsförderung, Prävention und Unterstützung bei der Bewältigung von Krankheitsfolgen aus. Sie bieten Information, Beratung und Orientierung und einen niedrigschwelligen Zugang.

Gesundheitsprojekte ermöglichen Menschen, die keinen oder einen erschwerten Zugang in das Versorgungssystem haben, den Weg in eine Regelversorgung.

Die Landesgesundheitskonferenz ist in § 3 (6) des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (GDG) verankert. Mit der Landesgesundheitskonferenz verfügt Berlin über ein Instrument der Planung, Koordinierung und Erarbeitung von Gesundheitszielen.

#### Empfehlungen für die Koalitionsvereinbarung:

Gemeinsam handeln für Menschen mit Demenz: Berlin setzt die Nationale Demenzstrategie um. Dafür wird ein „Kompetenzzentrum Demenz“ eingerichtet, das in die Arbeit der Alzheimer Gesellschaft Berlin e.V. integriert wird.

Die Koalition wird junge Menschen, die an Krebs erkranken, besser unterstützen. Dafür erhält die Beratungsstelle der Deutschen Stiftung für junge Erwachsene mit Krebs eine Förderung aus Landesmitteln.

Das geplante Landesprogramm zur Förderung integrierter Gesundheitszentren an sozialen Brennpunkten wird umgesetzt.

In Berlin ist eine an den Grundsätzen von Public Health und an den Gesundheitszielen der Landesgesundheitskonferenz orientierte Gesundheitspolitik gewährleistet. Die gesundheitspolitische Zielsetzung in Berlin orientiert sich auch an den Gesundheitszielen der Landesgesundheitskonferenz, um die Gesundheit der Berliner Bevölkerung insbesondere durch Gesundheitskompetenz, Gesundheitsförderung und Prävention zu stärken.

### **Digitalisierung von Angeboten und Arbeitsprozessen**

Digitale Angebote reduzieren Barrieren und erleichtern den Zugang zu Angeboten.

#### Empfehlungen für die Koalitionsvereinbarung:

Für einen barrierearmen, leichteren Zugang zu Angeboten wird der notwendige Ausbau zusätzlicher digitalisierter Angebote gefördert.

Das Projekt DiGi Sucht - Digitalisierung der Suchtberatung – wird nach der Pilotphase in allen Suchtberatungsstellen umgesetzt. Dafür werden finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt.

### **Steigenden Mietkosten bei freien Trägern entgegenwirken**

Angebote und Projekte der freien Träger bzw. Zuwendungsempfänger dürfen durch steigende Mietkosten nicht in ihrer Existenz gefährdet werden. Sozialkompensatorische Maßnahmen der freien Träger müssen gut erreichbar sein, möglichst innerhalb des S-Bahnringes.

Freie Träger haben nur sehr begrenzte Möglichkeiten, um auf dem freien Immobilienmarkt um bezahlbare Mietobjekte mit anderen Bewerbern konkurrieren zu können. Deshalb bemüht sich das Land Berlin, landeseigene Räume zur Verfügung stellen. Insbesondere zuwendungsfianzierte Projekte sollen bei steigenden Mietkosten einen finanziellen Ausgleich erhalten.

Empfehlungen für die Koalitionsvereinbarung:

Das Land Berlin stellt freien Trägern geeignete landeseigene Immobilien zur Verfügung um die Angebote für die Zielgruppen sicherzustellen.

Das Land Berlin verpflichtet landeseigene Wohnungsbauunternehmen, Gewerberäume bei gleicher Eignung vorrangig an gemeinnützige Träger zu vermieten.

Damit diese genannten Aufgaben gelingen und das Beste für die Stadt erreicht werden kann, ist ein Abbau von Bürokratie und des administrativen Aufwandes für freie Träger, die Zuwendungen des Landes erhalten, zwingend notwendig:

**Mehr Planungssicherheit und weniger Bürokratie bei Zuwendungen**

Die Zuwendungspraxis, insbesondere Bewilligung finanzieller Mittel und die Verwendungsnachweisprüfung der Zuwendungsgeber in Senatsverwaltungen und den Bezirken sind nicht transparent und nicht einheitlich. Dies führt bei den sozialen Organisationen zu einem nicht zu rechtfertigendem bürokratischen Aufwand.

Empfehlungen für die Koalitionsvereinbarung:

Die Zuwendungspraxis, insbesondere Bewilligung finanzieller Mittel und die Verwendungsnachweisprüfung werden in Berlin über alle Verwaltungen und Bezirke als Zuwendungsgeber vereinheitlicht.

Das wirtschaftliche und effiziente Handeln sozialer Organisationen wird durch eine Vereinfachung der Zuwendungspraxis erleichtert.

Berlin, 13.03.2023

Heike Drees  
Referat Suchthilfe, HIV/Aids, STI, Hepatitiden  
und Gesundheitsförderung  
Paritätischer Wohlfahrtsverband  
Landesverband Berlin e.V